iwd

Der Informationsdienst
des Instituts der deutschen Wirtschaft

Ganztagsbetreuung | 13.02.2018 | Lesezeit 2 Min.

Win-win-win-Situation

In Deutschland fehlen derzeit rund 330.000 Ganztagsbetreuungsplätze für Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren. Ein Ausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschüler würde sich für alle lohnen: für die Kinder, für deren Mütter und Väter sowie für den Staat.

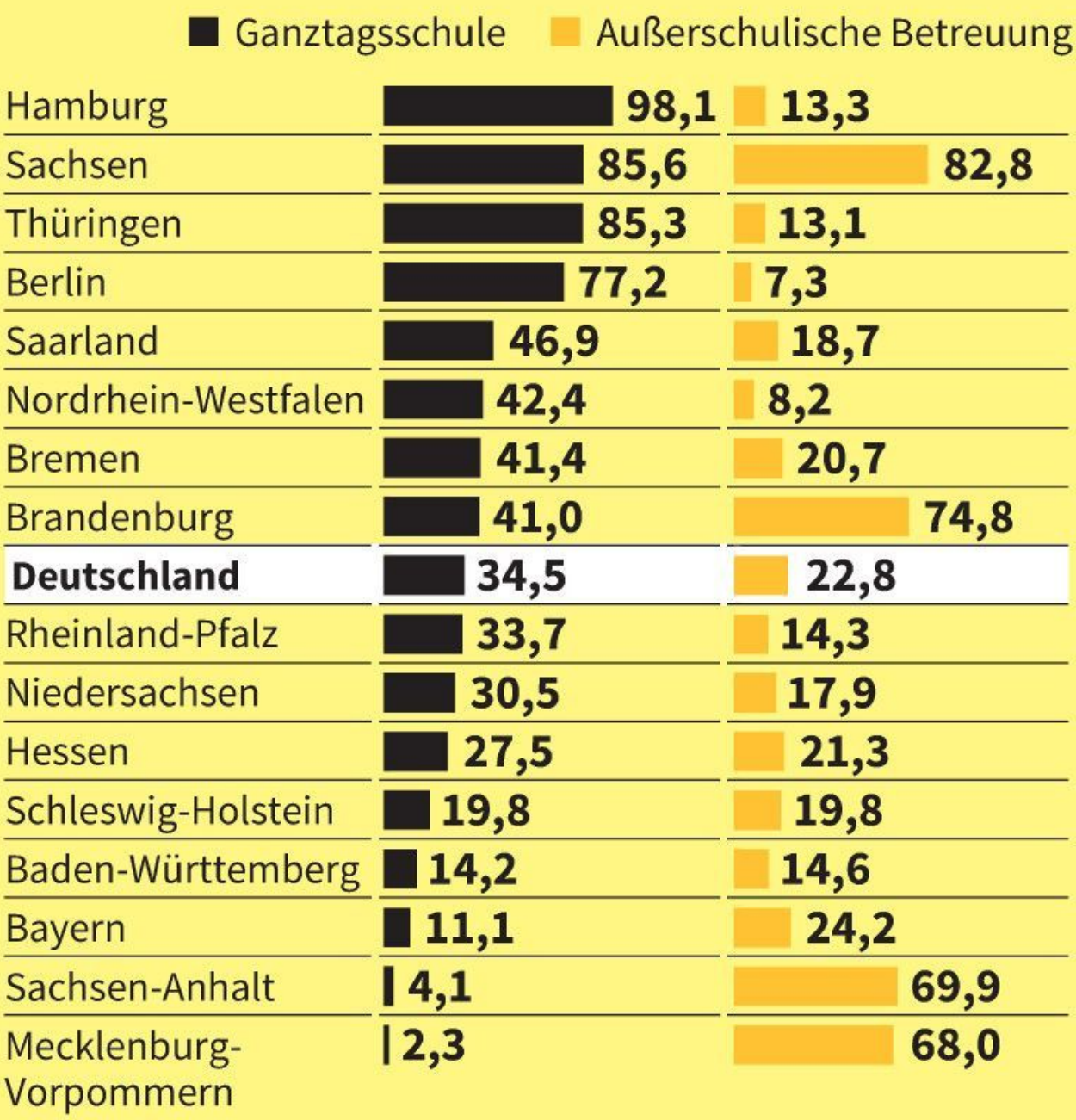
Die Ganztagsbetreuung für Kinder zwischen sechs und zehn Jahren betrifft zwei verschiedene Ebenen:

Ganztagsschulen fallen in den Bereich der Schulpolitik und damit in die alleinige Zuständigkeit der Länder. Laut Kultusministerkonferenz wurden im Schuljahr 2015/1016 bundesweit knapp 35 Prozent der Sechs- bis Zehnjährigen in Ganztagsschulen betreut, allerdings streuen die Quoten auf Länderebene sehr stark (Grafik):

Während in Hamburg gut 98 Prozent der Kinder auf Ganztagsschulen gingen, waren es in Mecklenburg-Vorpommern nur rund 2 Prozent.

Die Ganztagsbetreuung in den Bundesländern

So viel Prozent der Kinder zwischen sechs und zehn Jahren wurden im Schuljahr 2015/2016 ganztägig betreut



Hessen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt: nur Schulen in öffentlicher Trägerschaft

Quellen: Kultusministerkonferenz, Statistisches Bundesamt

© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Außerschulische Betreuungsangebote, also vor allem jene in Horten und bei

Tageseltern, sind dagegen der Familienpolitik beziehungsweise der öffentlichen Fürsorge zuzuordnen und fallen damit unter die konkurrierende Gesetzgebung von Bund und Ländern.

Deutschlandweit wurden im Schuljahr 2015/2016 knapp 23 Prozent der Sechs- bis Zehnjährigen auf diese Weise betreut. Und auch hier ist die Spanne auf Länderebene groß: Sie reicht von rund 7 Prozent in Berlin bis zu fast 83 Prozent in Sachsen.

> In Deutschland fehlen derzeit rund 330.000 Ganztagsbetreuungsplätze.

Bezogen auf die bundesweiten Quoten ist die Betreuungssituation von Grundschulkindern damit schlechter als die von Kindergartenkindern. Bei diesem Vergleich ist allerdings zu beachten, dass Schulkinder bereits während des regulären Unterrichts betreut werden.

Ausbau der Ganztagsbetreuung für alle vorteilhaft

Zudem gibt es bei der Ganztagsbetreuung von Schulkindern drei Varianten: erstens, wie in Berlin und Hamburg, die Ganztagsschule als dominierende Einrichtung; zweitens, wie in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, vorwiegend Horte; und drittens, wie in Sachsen, eine zumeist gemeinsame Gestaltung des Ganztagsangebots von Schule und Hort.

Rechnet man die Betreuungsquoten, die das Deutsche Jugendinstitut 2016 in einer Studie erhoben hat, auf alle Grundschulkinder hoch, ist der Befund eindeutig:

Gemessen am Bedarf der Eltern fehlen in Deutschland rund 330.000 Ganztagsbetreuungsplätze.

Unter dem Strich wäre der Ausbau der Ganztagsbetreuung für alle Beteiligten vorteilhaft, denn sie verbessert die Chancen der Kinder, hilft Zuwandererkindern, gut Deutsch zu lernen, stärkt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, verbessert die wirtschaftliche Situation der Familien und lohnt sich für den Staat.

Letzteres erklärt sich allein dadurch, dass die höhere Erwerbstätigkeit der Mütter dem Staat mehr Steuern und Sozialabgaben einbringt. Würde die Ganztagsbetreuung zum

Beispiel bis in den Abend und auch auf den Samstag ausgedehnt, hieße das bei 330.000 zusätzlichen Plätzen: Den jährlichen Zusatzausgaben der öffentlichen Hand von 0,8 Milliarden Euro stünden zusätzliche Einnahmen von 2,1 Milliarden Euro gegenüber.

Darüber hinaus wird die Einnahmenbasis der öffentlichen Hand langfristig gestärkt – wenn die Integration besser gelingt und die auf den Arbeitsmarkt nachrückenden jungen Menschen besser qualifiziert sind.

Kernaussagen in Kürze:

- Kinder zwischen sechs und zehn Jahren werden in Deutschland auf zwei Arten ganztägig betreut: in Ganztagsschulen oder mittels außerschulischen Betreuungsangeboten wie Horten.
- Gemessen am Bedarf der Eltern fehlen in Deutschland rund 330.000 Ganztagsbetreuungsplätze.
- Ein besseres Betreuungsangebot würde vor allem Müttern mehr Chancen auf eine Erwerbstätigkeit eröffnen und langfristig dem Staat finanziell nutzen.